

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 28 (1936)
Heft: 11

Artikel: Ein Weg zu Arbeit und Brot
Autor: E.H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wirtschaftliche Grundstücke, die nach dem 1. Januar 1934 erworben wurden — von besonderen Umständen abgesehen — erst nach einer Frist von sechs Jahren verkauft werden dürfen. Ein gewisses Anziehen der landwirtschaftlichen Preise muss auf die Dauer allerdings als berechtigt anerkannt werden, denn viele Preise sind während der Krise so stark gesunken, dass sie heute für die landwirtschaftliche Bevölkerung wirklich nur noch eine ganz ungenügende Verdienstmöglichkeit erlauben. Doch diese Preishebung wird nur ganz langsam vor sich gehen können, erst dann, wenn die Wirtschaftsbelebung wirklich durchgedrungen ist, wenn die Arbeitslosigkeit abgenommen hat und die stark gesenkten Löhne wieder erhöht werden können.

Eine Verteuerung von 5—8 Prozent ist an sich nicht sehr gross. Sie wird zwar im Haushalt der Arbeitslosen und der schlechter bezahlten Arbeiterkategorien schon fühlbar werden. Allein auch bei einer Teuerung von 8 Prozent wäre das Niveau der Lebenshaltungskosten immer noch bedeutend niedriger als vor der Krise. Damals betrug der Index der Lebenshaltungskosten 161 (1914 = 100); bei einer 8prozentigen Verteuerung würde er sich auf 142 erhöhen, denn er steht heute auf 130. Es ist nicht zu vergessen, dass die Lebenskosten durch die Krise um 20 Prozent sanken, was für die Schuldner eine starke Belastung bedeutete. Eine kleine Preissteigerung wird ihnen eine gewisse Erleichterung ihrer Schuldenlast bringen.

Wenn es der Schweiz gelingt, die Ausfuhr zu steigern, die Produktion auszudehnen und ihre Arbeitslosenziffer zu senken, so wird die 5—8prozentige Teuerung von den meisten Volkskreisen gar nicht verspürt werden, da sich dann auch die Löhne angleichen. Deshalb muss die heutige Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein, dass die Abwertung diese Wirkungen ausüben kann.

Ein Weg zu Arbeit und Brot.

Dieser Artikel wurde schon vor der Abwertung geschrieben. Das darin behandelte Problem behält seine Bedeutung auch nachher, obwohl heute infolge der grossen Kapitalverflüssigung eine normale Kreditausweitung möglich ist, die jedoch durch eine geschickte staatliche Beeinflussung der Kreditpolitik unterstützt werden muss.
Die Redaktion.

E. H. Steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Schrumpfung von Produktion, Beschäftigung und Einkommen lassen in uns immer mehr das Gefühl der Empörung gegenüber diesen Zuständen entstehen. Wir ertragen es einfach nicht mehr länger, Mensch und Wirtschaft durch eine unzulängliche Wirtschaftsorganisation und eine fortgesetzte falsche Wirtschaftspolitik dem Ruin entgegengetrieben zu sehen. Dieses Gefühl der Unerträglichkeit ist es, das

uns zwingt, diese Zeilen zu schreiben. Doch dies ist nur die innere Voraussetzung. Sie soll und kann nicht der Massstab für den folgenden Plan sein, der in seiner ursprünglichen Gestalt nicht von uns stammt, den wir aber trotzdem, in anderer Form, für einen ökonomisch möglichen Weg halten, der die Arbeitslosigkeit in der Schweiz beseitigen kann. Dieser Vorschlag ist nach gründlicher Abwägung aller ökonomischen Momente abgefasst worden — möge er auch so beurteilt werden. Wir sind überzeugt, dieser Vorschlag ist ökonomisch möglich, mögen ihm auch noch so viele bisher lieb gewordene Vorstellungen entgegenstehen. Ob er auch politisch möglich ist, dies mögen Berufenere beurteilen.

Der Plan.

Robert Wilbrandt, der bekannte deutsche Nationalökonom, früher ein eifriger Genossenschaftssozialist, hat einen Plan in den «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Juli-Heft)» veröffentlicht, den er die «Erneuerung der Kaufkraft» nennt. Was will dieser Plan? Sein Ausgangspunkt bildet die uns bekannte Feststellung, dass in den schweren Krisenjahren eine ungeheure Zerstörung von Kaufkraft eingetreten ist. Für unser Handeln wird daraus der Schluss gezogen: «Es fehlt für die Möglichkeit einer ausreichenden Produktion nur eins: die Kaufkraft.» Wie kann sie geschaffen werden? Der frühere Weg zur Kaufkrafterneuerung nach einer Krise ist heute nicht mehr beschreibbar. Neu einzuführende Industriezweige, die grosse Gewinne ermöglichen und die zerstörte Kaufkraft erneuern, sind heute entweder nicht vorhanden oder aber sie können den Umfang der zerstörten Kaufkraft nicht ersetzen. Es müssen also bewusst neue Mittel zur Erneuerung der Kaufkraft eingesetzt werden.

Es soll eine Zusatzproduktion dadurch geschaffen werden, dass man die Arbeitslosen mit Kaufkraft versorgt. «Das Wesentliche ist hier, dass die Arbeitslosen ihre volle Kaufkraft wieder bekommen und dann alles mit dem gewöhnlichen Gelde kaufen, was sie für diesen Fall der Wiederherstellung ihrer vollen Kaufkraft vorher schon bestellten.» Der Plan einer Zusatzproduktion auf der Basis der erneuerten Kaufkraft soll sich so vollziehen. Der erste Schritt stoppt die bisherige Schrumpfung von Erzeugung und Einkommen. Löhne, Gehälter und Preise bei der noch beschäftigten Bevölkerung dürfen nicht mehr weiter gesenkt werden. Ihre Kaufkraft muss erhalten werden. Der zweite Schritt besteht darin, dass man den Arbeitslosen ihre Kaufkraft wieder gibt — «in der Höhe der vor der Arbeitslosigkeit bezogenen Löhne». Sofort taucht die Frage auf: Wer soll den Arbeitslosen die Löhne zahlen? «Der Anfang kann auf Krediten beruhen. Sie können bei den wieder Arbeit findenden Arbeitslosen von privaten Banken gegeben werden, etwa als Diskontierung von Warenwechseln der mehr beschäftigten Unternehmer. Im übrigen kann es die Zentralbank sein, die in irgendeiner Form das Geld vorschiesst, etwa in

Schatzwechseln des Staates, die von der Zentralbank diskontiert werden.» Diese zwei Schritte werden innerhalb eines Jahres vorgenommen. Die grosse Frage ist nun: Was werden die ökonomischen Wirkungen dieser Massnahmen sein?

Durch die zusätzliche Kaufkraft wird «Arbeiterkaufkraft» geschaffen, die in der bekannten Weise verwandt wird. Arbeitslose werden zuerst ihre Nachfrage nach den Gegenständen des täglichen Bedarfs stark erweitern. Dann wird sich auch die Nachfrage nach Waren zur Befriedigung des «elastischen Bedarfs», nach Möbeln, Kleider, besseren Wohnungen usw., erhöhen. Es wird dadurch die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie steigen. Ihre wenig ausgenutzten Betriebe werden wieder voll beschäftigt, was zwei Wirkungen voraussehen lässt: Es können mehr Arbeiter beschäftigt und zugleich kann die Produktion verbilligt werden. Da jetzt die Betriebe wieder vollbeschäftigt sind, sinken die Herstellungskosten pro Stück, der Anteil der fixen Kosten an den Gesamtkosten wird geringer. Es wird damit gerechnet, dass durch diese Ausdehnung der Verbrauchsgüterindustrie die Hälfte der bisherigen Arbeitslosen wieder beschäftigt werden könne. Zugleich wird angenommen, dass die Nachfrage nach Rohstoffen, nach Ersatzteilen für die Abnutzung in den Betrieben steigt und damit auch der Urproduktion und der Produktionsmittelindustrie — da die Einfuhr ausgeschaltet und Devisenzwangswirtschaft angenommen wird — neue Kaufkraft zugeleitet wird. Auch die Kaufkraft der in diesen Zweigen Beschäftigten, vor allem der betreffenden Unternehmen, würde damit erhöht. Wie aber würde sich dies auf die Preise auswirken? Auf der einen Seite eine Tendenz zur Kostensenkung durch die verringerten Herstellungskosten pro Stück, auf der anderen Seite aber eine mögliche Preissteigerung durch die erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen, die in der Urproduktion unter dem Gesetz der progressiven Kosten stehen. «Die Erhöhung des Gesamtpreisniveaus kann danach — sofern sie überhaupt eintritt — nur minimal sein, wenn die industriellen Anlagen bereitstehen und die eigene Naturbasis ein autarkes Produzieren gestattet.»

Im zweiten Jahr des Planes wird die Politik der Kaufkrafterneuerung fortgesetzt. Arbeitslose, die inzwischen eine Arbeitsstelle gefunden haben, verdienen jetzt ihren Lohn. Die verbleibenden Arbeitslosen erhalten ihre Kaufkraft wieder vom Staate. Dieser wird im zweiten Jahr erhöhte Steuereinnahmen und grössere Einnahmen der öffentlichen Betriebe buchen können, so dass ein Teil seiner Ausgaben an die Arbeitslosen gedeckt werden kann. Doch werden diese zusätzlichen Einnahmen vermutlich nicht so hoch sein, dass der Staat damit die Löhne der Arbeitslosen bezahlen kann. «Der notwendige Zuschuss der öffentlichen Hand möge wiederum die Form eines Darlehens haben, das die Zentralbank in Gestalt von Banknoten an den Staat gibt; es kommt also abermals eine erhöhte Menge von Banknoten in den Verkehr.»

Was wird jetzt eintreten? « Es wird sich vieles genau wie im ersten Jahr abspielen. » Es wird sich nicht nur die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie heben, sondern die neue Kaufkraft wird sich weiter auf andere Schichten des Volkes übertragen und dadurch eine erhöhte Nachfrage entwickeln oder als Guthaben bei den Banken sich sammeln. Im letzten Fall könnte die Kaufkraft nur den Zinssatz ermässigen, brauchte aber noch nicht zu einer erhöhten Nachfrage zu führen. Tritt aber die Kaufkraft als zahlungsfähige Nachfrage auf, so haben wir — in Hinsicht auf die Preise — wieder die beiden sich widerstreitenden Tendenzen: sinkende Preise durch geringere Herstellungskosten und steigende Preise durch erhöhten Verbrauch von Rohstoffen. Welche der beiden Tendenzen sich durchsetzt oder ob beide für das Gesamtpreisniveau sich aufheben, könnte nur die Praxis selbst lehren. « Auf jeden Fall ist der Zuwachs an Gesamtkaufkraft so lange erwünscht, als er teilweise brachliegende Produktionsstätten zu immer besserer Ausnutzung bringt und die Arbeitslosen immer mehr aufsaugt, die Produktionskosten also senkt und von der brachliegenden Arbeitskraft normalen Gebrauch macht. Er ist so lange unbedenklich, als er das Preisniveau nicht erhöht. »

Steigt das allgemeine Preisniveau nicht, was Wilbrandt für sicher hält, und werden durch sie alle Arbeitslosen aufgesaugt, die in der Verbrauchsgüterindustrie und ihren Hilfszweigen tätig sein können, so ist der Plan als gelungen zu bezeichnen. Zugleich wird aber damit gerechnet, dass noch ein Rest von Arbeitslosigkeit weiter bestehen bleibt: Es sei dies die Folge der strukturellen Arbeitslosigkeit. Sie könne durch den Plan nicht ganz beseitigt werden, weshalb eine Ergänzung notwendig wäre, die der Verfasser in der « Selbstversorgersiedlung » sieht. Unter ihr versteht er Siedlungen von Arbeitslosen, die in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben sich ihren Unterhalt selbst erwirtschaften und nur geringer Zuschüsse von der Staatskasse bedürfen. Auch sie würden der bestehenden Landwirtschaft keine Konkurrenz machen, da hier zusätzlich Lebensmittel erzeugt würden, die nicht auf den Markt kommen, nur das Leben der Arbeitslosen erleichtern. Insgesamt könne durch den Plan und seine Ergänzung die Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Was ist zu diesem Plan zu sagen? Könnte er für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz eine praktische Bedeutung erlangen?

Begründung und Kritik.

Bringt das nicht eine Inflation? So wird die zentrale Frage lauten, die man gegenüber einem solchen Plan erheben muss. Obwohl wir in den letzten Jahrzehnten an Inflationen keinen Mangel hatten, ist die Theorie über die Inflation noch wenig ausgebaut. Es gibt über sie im wesentlichen nur zwei Lehren: die Zahlungsbilanz- und die Inflationstheorie. Beide sind darin einig, dass eine

grosse Geldvermehrung eine gewaltige Steigerung des Preisniveaus bewirken muss, das allein durch die Geldseite bestimmt werde. Der Unterschied zwischen den beiden Lehren liegt nur darin, wo die Ursache der Geldvermehrung zu suchen sei, entweder in der passiven Zahlungsbilanz eines Landes oder aber in einer falschen Geldpolitik der Notenbank. Keine dieser beiden Lehren aber dringt zu der entscheidenden Frage vor, ob jede Geldvermehrung zu einer Steigerung des Preisniveaus führen muss, und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, dass eine Geldvermehrung zu einer Inflation wird. Es wird nicht klargelegt, wem das zusätzliche Geld zufließt, wer es in effektive Kaufkraft verwandelt, wie seine Wirkung auf die Produktion und auf die Preise sein können. Aus den Erfahrungen der Nachkriegsjahre wurde nur der voreilige Schluss gezogen, dass jede grosse Geldvermehrung zu einer Inflation führen muss, was sich heute in zunehmendem Masse als falsch erweist.

Wilbrandt geht nun anders vor. Er erhöht durch zusätzlichen Kredit der Notenbank die Kaufkraft der Arbeiter, verfolgt dann deren Wirkung auf ihre Nachfrage, auf die Produktionssteigerung in den Gütern des Verbrauchs und prüft die Preisbildung bei einer solchen sich ausdehnenden Produktion. Das Ergebnis lautet: Eine automatische Wirkung des vermehrten Geldes auf die Preise, ihre behauptete Steigerung, tritt nicht ein; es komme ganz auf die Produktionskosten und die Absatzmöglichkeiten ab. Nur wenn sich die Produktionskosten in aussergewöhnlicher Weise steigern, würde eine Preissteigerung eintreten, die aber nicht allgemein zu sein braucht. «Die Geldvermehrung für sich allein ist also nicht imstande, eine durchschnittliche Preissteigerung auszulösen. Es kommt alles auf die Umstände an. Und diese entscheidend mitwirkenden Umstände sind auf der Produktionsseite zu finden... Die Erfahrung bestätigt, dass gewisse Umstände es sind, bei denen regelmässig Geldvermehrung in Erhöhung des Preisniveaus umschlägt: Krieg, Bürgerkrieg, Revolution. In all solchen Lagen treffen erhöhte Anforderungen mit ausserordentlichen Produktionserschwerungen zusammen. Dem dringlichsten Bedarf wird dann, durch Geldvermehrung für ihn, ein Vorrang gegeben.» Am Beispiel der letzten deutschen Inflation wird dann dies erhärtet: «Die Preissteigerung ging vom Mangel aus, das heisst von der Unmöglichkeit, genügend zu produzieren.» Daraus wird nun der Schluss gezogen: Solange noch Produktionsmöglichkeiten zu den gleichen Kosten bestehen, kann eine Geldvermehrung nicht zu einer allgemeinen Preissteigerung, nicht zu einer Inflation führen. Wie lange aber bestehen solche Produktionsmöglichkeiten? So lange man zu den gleichen Kosten produzieren kann. Dies aber wieder ist davon abhängig, ob man bei steigender Produktion zu sinkenden oder steigenden Kosten je Stück erzeugen kann. Heute, bei dem grossen Anteil der sinkenden Kosten, seien die «degressiven Herstellungskosten» vorherrschend, weshalb eine Geldvermehrung

nicht mehr zu einer Inflation zu führen brauche. Daher sei die Finanzierung der Löhne für die Arbeitslosen durch Notenbankkredite unbedenklich und könne jederzeit betrieben werden. Trete doch eine allgemeine Preissteigerung ein, dann sei dies nur ein Beweis dafür, dass man den Lohn für die Arbeitslosen zu hoch angesetzt habe; entweder müsse man den Lohn für alle oder für die Arbeitslosen allein wieder senken oder aber es müsste durch Steuererhöhung und Diskonterhöhung die Kaufkraftmenge wieder abgeschöpft werden. Das würde natürlich eine Deflation nach sich ziehen, die aber durch Kaufkrafterneuerung auf einem niederen Niveau wieder beendet und in eine neue Produktionssteigerung übergeleitet werden könne.

Gegenüber dieser Begründung seines Planes drängen sich zwei Zweifel auf. Wilbrandts historische Untersuchungen über die verschiedenen Inflationen sind doch zu kurz, um das Urteil zu erlauben, dass die Preissteigerung immer auf Produktionserschwerungen, auf Kostenerhöhung zurückgehen und sich erst dann eine Preissteigerung ergebe. Ausserdem ist es fraglich, ob man so allgemein von einem Gesetz der sinkenden Herstellungskosten pro Stück sprechen kann, wo doch durch Monopole und Kartelle dessen Wirksamkeit wesentlich eingeschränkt ist. Es ist daher mindestens zweifelhaft, ob die von der Rohstoffseite herkommenden Preissteigerungen durch Preissenkungen automatisch ausgeglichen werden. Interessant ist nun, dass Wilbrandt neben dieser ersten Begründung noch eine zweite gibt, die uns für die gegenwärtige Lage richtiger zu sein scheint und die daher in den Vordergrund zu rücken ist. Es kommt nämlich nicht nur darauf an, dass heute Produktionsmöglichkeiten, ohne steigende Kosten und geringere Rentabilität, vorhanden sind, sondern entscheidend ist, dass heute viele unausgenutzte Produktionsanlagen vorhanden sind, beschäftigungslose Arbeitskraft im Ueberfluss gegeben ist. Diese brachliegenden Produktivkräfte ermöglichen eine sofortige Ausdehnung von Produktion und Beschäftigung, die keine neuen Kapitalanlagen und kostspielige Herstellungsverfahren erforderlich macht. Hier kann auch durch Vollbeschäftigung der Betriebe das Gesetz der geringeren Herstellungskosten pro Stück wirksam sein. Zu dieser richtigen, für seinen Plan entscheidenden Bedingung kommt noch ein zweites Moment: Es tritt nicht schlechthin eine Geldvermehrung ein, sondern es wird höhere « Arbeiterkaufkraft » geschaffen. Dies ist der wichtigste Punkt. Eine solche Kaufkraft muss sich — angesichts der Notlage der Arbeitslosen — in eine erhöhte Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs umsetzen und die Produktion steigern. Erst die unausgenutzten Produktivkräfte und die Schöpfung von Arbeiterkaufkraft sind es, die den Plan durchführbar machen und die Inflation verhindern!

Für die Schweiz ist die Lage noch etwas günstiger. Hier kann man sogar auf die moderne Lehre vom zusätzlichen Kredit verzichten und von Adam Smith ausgehen, nach dem der Kredit nur

das Kapital mobilisieren, stellvertreten, aber nicht selbst Kapital werden könne. In der Schweiz gibt es nicht nur unausgenutzte Produktionsanlagen, sondern auch brachliegende, gehortete Geldkapitalien. Das zu einer Erzeugung notwendige Waren- und Geldkapital ist vorhanden, es fehlt nur die kaufkräftige Nachfrage nach neuen Produkten, die beide zu einem neuen Produktionsvorgang vereinigen und in Bewegung setzen könnte. Würde man nun durch zusätzlichen Kredit die zerstörte Arbeiterkaufkraft wiederherstellen, so hätten diese Notenbankkredite eine ausserordentlich solide Unterlage: die gegenwärtig gehorteten Geldkapitalien. Sie würden bei zunehmender Produktion aufgetaut, wieder in die Arena steigen und eine neue Nachfrage nicht nur nach Gegenständen des täglichen Verbrauchs, sondern auch nach grösseren Kapitalanlagen hervorrufen und damit die Notenbankkredite in kurzer Zeit überflüssig machen. Die zusätzlichen Kredite würden eine vorübergehende Episode bleiben. Ihnen würde nur die Funktion der *A u s l ö s u n g* einer neuen Zusatzproduktion zukommen. Erst hier würde der Satz von Wilbrandt gelten: Es handle sich um eine « *r e a l e* Kaufkraftschöpfung nur durch eine Produktionssteigerung, die aber durch eine *f o r m a l e* Kaufkraftschöpfung *a u s g e l ö s t* werden muss ».

Die Durchführung.

Es ist klar: Ein solcher Plan kann in der Schweiz nur durchgeführt werden, wenn ihm die Spuren seiner deutschen Herkunft genommen und er unseren Landesbedingungen angepasst würde. Gestrichen werden müsste der ergänzende Plan einer « Selbstversorgersiedlung », die man nur da propagieren kann, wo das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet ist und wo die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung auf einen Kulizustand gesunken sind, so dass eine solche Selbstversorgersiedlung noch eine Verbesserung ihrer Lebenslage bringen, die Arbeitslosen vor der Verschickung, der Zerreissung aller Familienbände bewahren kann. — Fallen müsste auch die Voraussetzung einer Devisenzwangswirtschaft, einer Sperrung der Einfuhr. Ein Plan zur Erneuerung der Kaufkraft in der Schweiz müsste nicht nur mit der Einfuhr rechnen, sondern durch einen zusätzlichen Vorschlag für die Erneuerung der Aussenwirtschaft ergänzt werden. Erst durch ihn könnte die ganze Wirtschaft angekurbelt werden. — Geändert würde auch die Funktion der Notenbankkredite, die in der Schweiz nur die gehorteten Geldkapitalien vertreten, eine formale Kaufkraftschöpfung bewirken sollte, der die *r e a l e* durch Produktionssteigerung auf dem Fusse folgen würde.

Bei einem so geänderten Plan würden sich folgende Durchführungsprobleme ergeben, die wir hier nur antönen können. Der *e r s t e* Schritt wäre eine Bestandesaufnahme aller Betriebe, ihrer wirklichen Kapazität, ihrer gegenwärtigen Beschäftigung, woraus sich die Grösse einer möglichen Produktionsausdehnung, vor allem

bei der Inlandindustrie, ermitteln liesse. Der zweite Schritt wäre eine Ermittlung der Lohnhöhe, die den bisher Arbeitslosen gezahlt werden könnte. Es müsste das Verhältnis zu den Löhnen der beschäftigten Arbeiter abgeklärt, die Gesamtsumme pro Monat und Jahr errechnet werden, die zur Erneuerung der zerstörten Kaufkraft erforderlich wäre. Der dritte Schritt bezieht sich auf die Finanzierung dieser Erneuerung. Da wäre einmal zu bestimmen, dass die Nationalbank der Regierung neue Schatzscheine zu diesem Zweck zu diskontieren habe; vielleicht wäre diese Aufgabe einem neuen Tochterinstitut der Nationalbank zu übertragen. Dann wäre beim Bund ein ausserordentliches Budget zu errichten. Bei ihm müssten auf der einen Seite die Zinsen für die Diskontierung der Schatzscheine gebucht werden, denen auf der anderen Seite die höheren Steuereinnahmen, die ersparten Subventionen und die ersparten Zinsen für andere nicht mehr notwendige Kredite, zur Tilgung der Zinsen an die Nationalbank gegenüberstehen. Natürlich müsste dann auch der Gewinnschlüssel bei der Nationalbank geändert, dem Bund ein grösserer Anteil gesichert werden. Der vierte Schritt würde in der Errichtung einer wirklichen Preiskontrolle bestehen. Im Gegensatz zu dem jüngsten von den Räten angenommenen Gesetz, müsste hier bestimmt werden, dass jede beabsichtigte Preiserhöhung 14 Tage vorher der weit auszubauenden Arbeitsbeschaffungszentrale anzumelden und nur vorzunehmen wäre, wenn von ihr kein Einspruch erhoben würde. Geschieht dies, dann müsste die geforderte Preiserhöhung auf ihre Notwendigkeit geprüft und dafür gesorgt werden, dass sich die Kosten der betreffenden Unternehmen verringern, sie auf die höheren Preise verzichten könnten. Der fünfte Schritt besteht in der Aufstellung eines Aussenhandelsplanes. Er hätte nicht nur die regionale und warenmässige Zusammensetzung unserer Einfuhr und Ausfuhr zu untersuchen, sondern neben einer gründlichen Reform des bisherigen Aussenhandels müsste ein zusätzlicher Handel organisiert werden. Seine Grundlage wäre die Zusatzproduktion, die auf der erneuerten Arbeiterkaufkraft beruht. Durch sie wäre eine erhöhte Einfuhr notwendig. Diese könnte man zu Vereinbarungen mit den anderen Ländern benutzen: Ihr könnt bei uns mehr Waren als bisher einführen, wenn ihr mehr Waren von uns abnimmt. Auf Grund dieser Gegenleistungsverträge wäre eine Steigerung unserer Ausfuhr gewiss und damit die Voraussetzung geschaffen, dass sich die Erneuerung der Kaufkraft von der Inlandindustrie auf die Auslandindustrie übertragen könne. Natürlich würde beides sich vermutlich nicht im gleichen Zeitpunkt vollziehen können. Es müsste sich die Zusatzproduktion erst eingespielt haben, bis sich die Aussenwirtschaft richtig ankurbeln liesse. Dies wäre aber durch die Notenbankkredite möglich, die in dieser Zeit nötig und aber auch für diese Periode zu beschränken wären. Ein solcher Aussenhandelsplan wäre voraussichtlich nur bei einem Aussenhandelsmonopol zu verwirklichen. Er würde

aber grosse Vorteile in Aussicht stellen. Haben bisher die Kompensationsgeschäfte in der Regel die Preise der Waren verteuert, so könnte jetzt eine Verbilligung eintreten, da man nun nicht mehr dem anderen Partner ausgeliefert wäre (Zinsen der schweizerischen Gläubiger), sondern durch die Abnahme von mehr Waren selbst einen Einfluss auf ihren Preis ausüben, eine mögliche Steigerung der Rohstoffpreise daher verhindern oder mindesten bremsen könnte. Ist erst einmal die Steigerung der Ausfuhr gelungen, dann wird sich die Zusatzproduktion in die allgemeine Produktion eingliedern, die Auslöungskredite würden überflüssig, die durch sie entstandenen Zinslasten würden durch die erhöhten Steuereinnahmen getilgt, die Arbeitslosigkeit würde bis auf wenige Reste verschwinden, die durch strukturelle Verschiebungen (Textil- und Uhrenindustrie) bedingt sind und deren Beseitigung neue Schritte später erfordern würde.

Es kann kein Zweifel sein: Für die Schweiz besteht nur noch kurze Zeit die Möglichkeit, einen solchen Plan zu verwirklichen. Bei den meisten anderen Ländern geht es aufwärts, bei uns geht es immer noch bergab. Stoppen wir die Schrumpfung nicht bald ab, dann wird die Möglichkeit zur Steigerung der Ausfuhr immer geringer, weil die anderen Länder bei zunehmender Produktion immer billiger liefern können, uns alle Möglichkeiten hinwegnehmen. Auch der neue Vorschlag des Bundesrates, die Exportindustrie durch Belastung der Massen und der Inlandindustrie zu subventionieren, kann nicht helfen, weil dies nur eine Verschiebung von einem Zweig zum anderen unserer Volkswirtschaft ist. Wirkliche Hilfe kommt nur von einer gleichzeitigen Ankurbelung beider, wobei von der Erneuerung der Massenkaufkraft auszugehen ist, wie es im vorliegenden Fall geschieht.

Gewerkschaftsfreiheit.

Von S. A u f h ä u s e r.

Der Internationale Gewerkschaftskongress in London 1936 stand im Zeichen des Kampfes gegen Krieg, Reaktion und Faschismus, er untersuchte Wesen und Heilmittel der seit 1929 herrschenden Weltwirtschaftskrise, er zeigte die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit auf und rückte das Arbeitszeitproblem in den Vordergrund. Der Kongress wies Wege für die gemeinwirtschaftliche und planmässige Neuordnung der Erzeugung und der Warenverteilung. Organisations- und Einheitsproblem wurden erörtert. Die Stellung der Gewerkschaft zum Staat wurde erklärt, nicht ohne gleichzeitig erneut an die grossen Kräfte der organisierten Selbsthilfe in der Arbeiterschaft zu appellieren. So war die Londoner Tagung ein Spiegelbild der umfassenden Bedeutung und Aufgabe der Gewerkschaften in der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.